

## Die Einbürgerung Hitlers im Freistaat Braunschweig und deren Konsequenzen

ULRICH MENZEL

Institut für Sozialwissenschaften der TU Braunschweig  
Bienroder Weg 97, D-38106 Braunschweig

Am 25.2.1932 wurde Adolf Hitler gegen 18.00 Uhr durch die Regierung des Freistaats Braunschweig (Küchenthal und Klagges) zum Regierungsrat beim Landeskultur- und Vermessungsamt ernannt und zugleich an die Braunschweigische Gesandtschaft in Berlin abgeordnet. Dort sollte er als Sachbearbeiter zur Wahrnehmung von braunschweiger Wirtschaftsinteressen tätig sein. Hitler war bei der Ernennung nicht anwesend, bekam die Ernennungsurkunde per Post nach Berlin ins Hotel Kaiserhof zugestellt und wurde am folgenden Tag auf der Braunschweigischen Gesandtschaft, Lützowstraße 12, durch den Gesandten Friedrich Boden vereidigt<sup>1</sup>.

Der eigentliche Zweck der Ernennung Hitlers zum Beamten war, dem seit dem 30.4.1925 Staatenlosen die deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Hitler, geboren im oberösterreichischen Braunau am Inn, war im Mai 1913 von Wien nach München umgezogen, um sich in Österreich der Musterung und Einberufung zum Wehrdienst zu entziehen. Im August 1914 war er allerdings als Kriegsfreiwilliger in die Bayerische Armee eingetreten, hatte als Meldegänger am Ersten Weltkrieg teilgenommen und war im März 1920 entlassen worden. Danach nahm er sein bohemehaftes Leben der Wiener Zeit wieder auf, wurde Politiker und 1923 Anführer eines Putsches („Marsch auf die Feldherrnhalle“), der ob seiner dilettantischen Vorgehensweise nach wenigen Stunden bereits gescheitert war. Hitler wurde als Rädelführer verhaftet, angeklagt und zu fünf Jahren Festungshaft in Landsberg verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung wollte ihn die Bayerische Polizei nach Österreich abschieben, die Wiener Regierung aber nur ungern den Putschisten und politischen Unruhestifter aufnehmen. Um die drohende Abschiebung abzuwenden, hatte Hitler bei der für ihn zuständigen Behörde in Linz seine Entlassung aus der österreichischen Staatsbürgerschaft beantragt, die

---

<sup>1</sup> Der Aufsatz basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 14.2.2014 in der Plenarversammlung der Braunschweigisch Wissenschaftlichen Gesellschaft gehalten hat. Viele weitere Details, Quellen und Literaturhinweise finden sich in zwei Forschungsberichten des Autors, die er unter dem Titel „Professor oder Regierungsrat? Hitlers Einbürgerung in Braunschweig 1932 als Weichenstellung zur Machtergreifung“ und „Die Steigbügelhalter. Annotierte Chronik zur Einbürgerung Hitlers in Braunschweig“ in den Forschungsberichten aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 110 und 114 (Braunschweig 2013, 2014) veröffentlicht hat.

ihm bereitwillig am 30.4.1925 gegen eine Gebühr von 7,50 Schilling entzogen wurde. Hitler war seitdem ein staatenloser Exhäftling, der zur Bewährung auf freien Fuß gesetzt worden war. In der Folgezeit hatte er mehrfach vergeblich versucht, Deutscher zu werden, um den Makel des staatenlosen „Führers“ zu tilgen.

Die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft regelte das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913, das zwei Möglichkeiten vorsah. Den normalen Weg auf Antrag gemäß § 9 oder den ungewöhnlichen Weg gemäß § 14, der vorsah, dass die Verbeamtung eines Ausländers oder Staatenlosen in einem Land des Reiches automatisch zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft führt. So wurde Hitler einen Tag nach seiner Verbeamtung in Braunschweig Deutscher, nachdem er sich zuvor von seinem Parteifreund und Präsidenten des Braunschweigischen Landtags, Ernst Zörner, unter der Adresse Hohetorwall 7, 2. Stock beim Polizeipräsidium als Untermieter angemeldet worden war. Sein Ausweis ist datiert auf den 26.2.1932 und wurde ihm gegen Stempelsteuer, Gebühren und Portokosten in Höhe von 7,52 RM ebenfalls nach Berlin zugestellt. Der normale Weg gemäß § 9 war Hitler versperrt, weil der Antrag vom Reichsrat gebilligt werden musste und dort am Veto der Länder Preußen und/oder Bayern gescheitert wäre. Den Weg der Einbürgerung über den § 14 konnte Hitler nur in Braunschweig beschreiten, weil der Freistaat Braunschweig damals das einzige Land war, in dem die NSDAP seit dem 31.9.1930 in Koalition mit der Bürgerlichen Einheitsliste (BEL) an der Regierung beteiligt war. Aus dieser Machtposition heraus war, sofern der bürgerliche Koalitionspartner zustimmte, die Verbeamtung Hitlers möglich.

Das Problem bei der Einbürgerung über den § 14 bestand allerdings darin, dass der frisch ernannte Beamte sein Amt auch tatsächlich ausüben hatte. Er durfte nicht nur zum Schein ernannt worden sein, um den Weg über den § 9 zu umgehen. Dies hatte ein Gutachten des Verfassungsreferenten Georg Kaisenberg aus dem Reichsinnenministerium unter Berufung auf einen Kommentar des Staatsrechtlers Jellinek mit Blick auf Hitler ausdrücklich festgestellt. Das Gutachten war am 1.2.1932 sogar in der Vossischen Zeitung veröffentlicht worden (Kaisenberg 1932), um die Rechtsposition der Regierung Brüning deutlich zu machen.

Die Einbürgerung Hitlers war wiederum die Voraussetzung, dass er für das Amt des Reichspräsidenten kandidieren konnte. Der entsprechende Art. 41, Abs. 2 der Weimarer Verfassung lautete: „Wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat.“ Die Wahl war notwendig geworden, weil die siebenjährige Amtszeit des bisherigen Amtsinhabers, Paul von Hindenburg, im Frühjahr 1932 ablief und die im Reichstag vertretenen Parteien sich nicht, wie von Reichskanzler Brüning bevorzugt, auf dessen Amtsverlängerung einigen konnten. Diese hätte eine Verfassungsänderung und damit eine Zweidrittelmehrheit, also die Mitwirkung der NSDAP, verlangt. Trotz intensiver Verhandlungen war diese nicht zu erreichen. Erst unmittelbar vor Ablauf der Zehntagesfrist zur Einreichung der Wahlvorschläge war Hitler eingebürgert worden und konnte so kandidieren. Wenn er die Wahl verlor, hätte er die Tätigkeit als Regierungsrat antreten müssen, um

nicht den Eindruck des Scheingeschäfts zu bestätigen und so Gefahr zu laufen, die deutsche Staatsbürgerschaft wieder aberkannt zu bekommen.

Zwar zog Hitler in zwei Wahlgängen am 13.3. und 10.4.1932 gegenüber Hindenburg den Kürzeren, vermochte aber beachtliche 11,3 Millionen Stimmen im ersten und sogar 13,4 Millionen Stimmen im zweiten Wahlgang auf sich zu vereinigen, was 30,1 bzw. 36,8 Prozent der abgegebenen Stimmen entsprach. Damit kam er in eine Größenordnung, die die NSDAP bei den für sie so überaus erfolgreichen Reichstagswahlen vom 31.7.1932 mit 34,7 Prozent der Stimmen erreichen sollte.

Die näheren Umstände der Einbürgerung, der mehrere klandestine, aber letztlich erfolglose, Anläufe in Bayern, Thüringen und wenige Tage zuvor in Braunschweig vorangegangen waren, wiesen trotz der Warnung des Kaisenberg-Gutachtens alle Anzeichen eines „Scheingeschäfts“ auf. Damit waren alle Zutaten einer Provinzposse gegeben, obwohl es sich um eine todernte Angelegenheit handelte, die schließlich in der Tragödie Deutschlands enden sollte. Das Thema beherrschte seit Anfang des Jahres 1932 zwei Monate lang die deutsche Innenpolitik und war im besonders betroffenen Braunschweig das wichtigste und hoch kontrovers verhandelte politische Thema überhaupt, das nahezu täglich durch immer neue Spekulationen in der Presse angefeuert wurde. Auch nach der Einbürgerung sollte es Regierung und Parlament des Freistaats weiter beschäftigen, weil der Gesandte Boden ihn mehrfach aufforderte, seinen Dienst anzutreten und die Presse wie die Opposition im Braunschweigischen Landtag mehrfach Anfragen stellten, wann und wie denn der Regierungsrat Hitler seinen Dienst anzutreten gedenke. Immerhin kassierte er ein reguläres Gehalt inklusive Wohngeld und Ortszuschlag in Höhe von 328,95 RM (netto). Hitler beendete die anhaltende Peinlichkeit erst am 24.2.1933, als er, damals schon Reichskanzler, auf seinen Antrag wieder aus dem Braunschweigischen Staatsdienst entlassen wurde.

Obwohl er lediglich exakt ein Jahr lang Regierungsrat war und obwohl seine „Tätigkeit“ nur aus dem Amtseid, drei Urlaubsgesuchen, einem Antrag auf ein Disziplinarverfahren in eigener Sache und einem Entlassungsgesuch bestand, haben seine Braunschweiger Personalakten<sup>2</sup> einen beträchtlichen Umfang. Sie dokumentieren auf eindrucksvolle Weise, welche Mühe darauf verwendet wurde,

---

<sup>2</sup> Die Geschichte der Braunschweiger Personalakten Hitlers ist einen eigenen Aufsatz wert. Zuerst wurde beim Landeskultur- und Vermessungsamt eine Personalakte angelegt, weil dort gerade eine Regierungsratsstelle frei war. Da Hitler mit seiner Ernennung an die Braunschweigische Gesandtschaft versetzt wurde, die dem Staatsministerium unterstellt war, wurde dort eine zweite und bei der Gesandtschaft in Berlin als Gegenstück eine dritte Personalakte angelegt. Hinzu kam noch eine Akte über Eingaben aus der Bevölkerung an den Regierungsrat Hitler. Die Originale dieser Akten sind verschwunden. Es heißt, dass sie 1945 von der britischen Besatzungsmacht auf Anordnung von Churchill nach London verbracht worden sind. Über den vergeblichen Versuch, das Original zurückzubekommen, gibt es im Nds. Staatsarchiv Wolfenbüttel eine eigene Akte (4 Nds. Zg. 27). Allerdings hat jemand zwischen 1933 und 1945 eine Kopie der Akten für das NS-Parteiarchiv in München angefertigt. Wer, wann und

der offensichtlichen Untätigkeit des Regierungsrats den Anschein zu geben, dass alles dennoch seine bürokratische Korrektheit habe.

Hier wird die These vertreten, dass es sich bei der Braunschweiger Episode zwar um eine Farce handelte, die sich gerade in der Personalakte widerspiegelt, zugleich aber um die entscheidende Weichenstellung auf dem Weg Hitlers zur Macht. Wäre ihm die Einbürgerung in Braunschweig, wie zuvor in Bayern und Thüringen, verweigert worden, wäre die Geschichte anders verlaufen. Da sie ihm nicht verweigert wurde, lieferten die Einbürgerung und die dadurch mögliche Kandidatur den Auftakt und den Schub zur politischen Großoffensive der NSDAP des Jahres 1932.

Vor diesem Hintergrund ist es ebenso erstaunlich wie bemerkenswert, dass die großen Hitlermonographien die Episode entweder gar nicht erwähnen oder die Einbürgerung als Randglosse behandeln. Konrad Heiden (1944) und Alan Bullock (1954) unterschlagen sie ganz. Joachim Fest (1973, S. 439), Werner Maser (1971, 1980), Ian Kershaw (2002, Bd. 1, S. 450) und zuletzt Volker Ullrich (2013, S. 33) verwenden darauf nur wenige Zeilen. Selbst Karl Dietrich Bracher, der in seiner bahnbrechenden Monographie über die „Auflösung der Weimarer Republik“ der Wahl des Reichspräsidenten 1932 immerhin ein ganzes Kapitel widmet, behandelt das Problem der fehlenden Staatsangehörigkeit des Kandidaten Hitler lediglich auf zwei Seiten, ohne allerdings die Bedeutung seiner Einbürgerung für die Auflösung der Weimarer Republik zu thematisieren (Bracher 1964, S. 460 f.).<sup>3</sup> Gestreift wird bei den genannten Autoren lediglich die Frage, ohne sie befriedigend zu beantworten, warum Hitler, als die Entscheidung zur Kandidatur drängte, mindestens vier Wochen lang zögerte, gegen Hindenburg anzutreten, obwohl die Presse nahezu täglich kontrovers darüber berichtete.

Es handelt sich in der Tat um eine berechtigte Frage, die nur erschöpfend beantwortet werden kann, wenn man sich tiefer in die Details und Hintergründe der Einbürgerung vergräbt. Allerspätestens am 19.1.1932, so ein erster Hinweis im

---

warum, ist unklar. Das NS-Parteiarchiv und damit auch diese Kopie wurde 1945 von den Amerikanern beschlagnahmt und landete im Berliner Document Center (jetzt Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde). Im Document Center hat Morsey sie 1959/60 bei seinen Forschungen gefunden, eine Kopie der Kopie anfertigen lassen und für seine Dokumentation (Morsey 1960) benutzt. Danach hat er diese Kopie bzw. eine Kopie seiner Kopie dem Niedersächsischen Staatsarchiv in Wolfenbüttel überlassen, zuvor allerdings die Akte des Staatsministeriums und die Akte der Gesandtschaft zu einer einzigen kompiliert, ohne dies kenntlich zu machen. Deshalb gibt es in Wolfenbüttel zwei Personalakten (12 A Neu FB7, Nachtrag III, Nr. 235a und 12 Neu FB7 III Nr. 235b) und im Bundesarchiv eine Hauptakte mit drei Beiakten (NS 26/5-8). Das Original aus der Braunschweigischen Gesandtschaft durfte der Kriegszerstörung des Gebäudes zum Opfer gefallen sein.

<sup>3</sup> Auch in seinem zweiten Hauptwerk „Die deutsche Diktatur“ wird die Einbürgerung gerade mit einem halben Absatz abgehandelt und dazu noch die falsche Behauptung aufgestellt, Hitler sollte zuerst als Professor für „Politische Pädagogik“ berufen werden (Bracher 1976, S. 208).

Tagebuch von Goebbels, vermutlich seit dem 6.1., als Innenminister Groener im Auftrag von Reichskanzler Brüning über eine Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs mit den Parteien verhandelte, oder bereits seit dem Oktober 1931 stand eine mögliche Kandidatur Hitlers auf der Tagesordnung.<sup>4</sup> In der Literatur wird zwar die von Morsey (1960) veröffentlichte Dokumentation „Hitler als Braunschweiger Regierungsrat“, die sich auf die Materialien im Bundesarchiv und im Berliner Document Center stützt, immer wieder zitiert, allerdings ohne die von Morsey präsentierten Quellen wirklich auszuwerten und zu interpretieren. Die naheliegende Antwort, dass Hitlers Zögern auch oder sogar vor allem in der fehlenden Staatsbürgerschaft begründet lag, dass er die Blamage eines neuerlichen Scheiterns seiner Einbürgerung und die Bekanntwerdung seiner Staatenlosigkeit fürchtete, dass ihm das Dilemma der Einbürgerung über den § 14 bewusst war und er deshalb die Entscheidung vor sich herschob, wird nicht gegeben.

Dass die braunschweiger Literatur (Roloff 1961, Schelm-Spangenberg 1964, Ruben 2004) sich dem Thema widmet und auch die lokale Presse in Gestalt der Braunschweiger Zeitung immer wieder, sogar in Sonderheften, auf die peinliche Rolle, die Braunschweig auf dem Weg Hitlers zur Macht gespielt hat, eingeht, ist verständlich. Diese Beschäftigung hat aber kaum Aufmerksamkeit in der nationalen oder gar internationalen Literatur gefunden. Aber selbst die Braunschweiger Literatur wird der Bedeutung des Vorgangs zu wenig gerecht bzw. sucht ihn gar herunterzuspielen, weil sie zu sehr auf die Braunschweiger Ereignisse fokussiert ist und zu wenig die Wechselwirkung mit den Ereignissen in Berlin, aber auch mit den anderen Ländern des Reiches, in den Blick nimmt.

In Berlin wurde vor allem die Frage debattiert, **ob** Hitler gegen Hindenburg kandidieren soll bzw. wie man eine Kandidatur Hitlers verhindern kann, auch wenn sie von Hitlers Staatenlosigkeit überschattet wurde. In Braunschweig wurde hingegen debattiert, ob und (wenn ja), **wie** man Hitler einbürgern soll. Die erste Debatte hatte Anfang Januar 1932 an Intensität gewonnen und war, wenn man Goebbels trauen kann, erst am 19.2.1932 entschieden. Die Braunschweiger Einbürgerungsdebatte begann womöglich, so Roloff jun. im Jahre 1960 gegenüber Morsey, bereits anlässlich der Verhandlungen zur Wahl von Dietrich Klagges als Nachfolger des zurückgetretenen Anton Franzen (NSDAP) als Innen- und Volksbildungsminister am 10.9.1931, nahm aber erst am 2.2.1932 an Fahrt auf, als Küchenthal aus seiner Pressemappe von der akuten Absicht der Einbürgerung erfuhr. Die definitive Entscheidung, Hitler in Braunschweig auf dem Wege der Ernennung zum Regierungsrat einzubürgern, ist erst am 25.2.1932 gefallen. Erst ganz am Schluss dürfte den Berliner Strategen klar geworden sein, dass der

---

<sup>4</sup> Am 10.10.1931 traf Brüning jedenfalls mit Hitler zusammen, um die Präsidentschaftsfrage zu sondieren. Hitler lehnte es dabei ab, sich öffentlich für eine Wiederwahl Hindenburgs zu erklären. Am 7.11.1931 lautete die Schlagzeile des Schlesischen Beobachters „Hitler soll Reichspräsident werden“.

Vorgang in Braunschweig kein Selbstläufer war. Nur so wird der massive Druck verständlich, der seit dem 17.2.1932 über verschiedene Kanäle von Berlin auf Braunschweig ausgeübt wurde. Hitler ist ein hohes Risiko eingegangen, als er Goebbels am 22.2.1932 die Erlaubnis gab, am selben Abend im Berliner Sportpalast seine Kandidatur bekannt zu geben. Es hätte schief gehen können. Die Blamage wäre groß gewesen. Umgekehrt lautete vielleicht das Kalkül, dass die Ankündigung die zögernden bürgerlichen Provinzpolitiker in Braunschweig so sehr unter Druck setzte, dass sie sich nicht mehr trauten, die Einbürgerung zu verweigern.

Die Beantwortung der Frage nach der Bedeutung des Vorgangs hat mit dem Problem umzugehen, dass es nahezu keine Quellen gibt, aus denen herauszulesen ist, welche Bedeutung die Hauptperson selber, Hitler, der Einbürgerung beigemessen hat. Überliefert als halbwegs einschlägige Quellen sind lediglich ein privater Brief vom 2.2.1930 (in Dickmann 1966), in dem er die Motive und Absichten der Regierungsbeteiligung der NSDAP auf Länderebene ungeschminkt offenlegt, und das Protokoll seiner Zeugenvernehmung vor dem thüringischen Untersuchungsausschuss vom 15.3.1932 zu seiner dort misslungenen Einbürgerung.<sup>5</sup> Wie immer, wenn es um seine Person geht, sind nur Texte (Reden, Interviews, Aufrufe) verfügbar, die Hitler in eindeutig propagandistischer Absicht verfasst hat, die aber über die tatsächlichen Beweggründe seines Handelns wenig aussagen und deshalb nur begrenzten Quellenwert haben. Die einzige Quelle, die zumindest indirekt einen Eindruck verschafft, was Hitler in der Angelegenheit gedacht und beabsichtigt hat, sind die Tagebücher von Goebbels. Zwischen dem 9.1.1932 und dem 22.2.1932 notiert Goebbels regelmäßig seine Beratungen mit Hitler zu dem Thema Kandidatur und Einbürgerung. Die Häufigkeit der Eintragungen lässt jedenfalls den Schluss zu, dass das Thema die beiden, aber auch andere Parteigrößen, sehr intensiv und nahezu täglich beschäftigt hat. Goebbels erscheint darin als der aktive, drängende und Hitler als der zögernde, schwankende Part, so dass Goebbels zwischenzeitlich sogar an seinem „Führer“ bzw. dessen Führerqualitäten zu zweifeln scheint. Aber auch diese Quelle ist mit Vorsicht zu genießen, weil Goebbels möglicherweise mit seinem Tagebuch auf Eigendarstellung und spätere Wirkung bedacht war. Auf jeden Fall sollte man die wissenschaftliche mehrbändige Edition der Tagebücher (Goebbels 1987) und nicht die redigierte und in propagandistischer Absicht von ihm selbst veröffentlichte Version „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ (Goebbels 1934) benutzen, auch wenn gerade letztere den hier interessierenden Zeitraum abdeckt.

Bleiben schließlich die Akten und Zeugnisse derjenigen Personen, die auf Reichs- oder Landesebene mit dem Vorgang befasst waren. Dazu gehören neben den Schriftstücken aus Hitlers Personalakten auf Seiten der NSDAP die Dokumente

---

<sup>5</sup> In Hitler 1996, Bd. IV.



von und über Hitlers Statthalter in Braunschweig, Dietrich Klagges, der damals als Innen- und Volksbildungsminister am Schalthebel für die Einbürgerung saß, sowie Ernst Zörner, damals Präsident des Braunschweigischen Landtags, bei dem sich Hitler pro forma am 26.2.1932 als Untermieter angemeldet hat, um der Einbürgerung auch den Schein des Wohnsitzwechsels<sup>6</sup> zu geben. Als Beruf nennt Hitler nicht mehr „Schriftsteller“ oder „Kunstmaler“ wie zuvor, sondern „Regierungsrat“, als zuständiges Finanzamt allerdings München ohne Erwähnung des Hauptwohnsitzes am Münchener Prinzregentenplatz. Die Akten über die braunschweiger Nazigrößen der zweiten Reihe wie Alpers, Hesse, Jeckeln, Schmalz und Schmidt-Bodenstedt sind in der Angelegenheit wenig ergiebig.

Auf der Seite des bürgerlichen Koalitionspartners sind zu nennen der damalige Vorsitzende der Staatsregierung und de facto Ministerpräsident, Werner Küchenthal (DNVP) und der Fraktionsführer der BEL im Landtag, Ernst August Roloff sen.<sup>7</sup> (DNVP), dessen Nachlass von seinem Sohn Ernst-August Roloff jun. ausgewertet wurde.<sup>8</sup> Küchenthals Nachlass ist verstreut, wird aber zum Teil im Braunschweigischen Landesmuseum<sup>9</sup> verwahrt. Auch Friedrich Boden, damals Braunschweigischer Gesandter in Berlin, der Hitler den Amtseid abnahm, hat 1932 und 1945 Aufzeichnungen zu dem Vorgang verfasst.<sup>10</sup> Ferner gehören dazu Albert Brandes<sup>11</sup>, damals braunschweigischer Vorsitzender des nationalliberalen Koalitionspartners (DVP) in der BEL, Heinrich Wessel<sup>12</sup>, Druckereibesitzer und politischer Kopf der DVP und Carl Heimbs<sup>13</sup>, Kaffeeröster und einflussreicher Vertreter der braunschweigischen Wirtschaft, zum Vorstand der DVP gehörend. Ferner sind als Quellen heranzuziehen die Personalakten und Senatsprotokolle der TH Braunschweig, diverse Denkschriften und Erinnerungen einzelner Professoren sowie die Protokolle der Sitzungen des Braunschweigischen Landtags und der mit der Einbürgerung befassten Landtagsausschüsse.

Bevor die Variante, Hitler über die Ernennung zum Regierungsrat zu verbeamten, umgesetzt wurde, hatte Klagges nämlich eine andere Idee verfolgt. Er wollte ihn

---

<sup>6</sup> Das diesbezügliche Material befindet sich im Niedersächsischen Staatsarchiv, Wolfenbüttel.

<sup>7</sup> Der Nachlass liegt im Stadtarchiv Braunschweig unter G IX 43 und H III 2 Nr. 111.

<sup>8</sup> Roloff sen. schreibt sich Ernst August (ohne Bindestrich) und Roloff jun. Ernst-August (mit Bindestrich).

<sup>9</sup> Unter der Inv. Nr. LMB 35800/1.

<sup>10</sup> Nieders. Staatsarchiv 250 N 295; 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a.

<sup>11</sup> Stadtarchiv Braunschweig GX6 Nr. 642.

<sup>12</sup> Die Position Wessels lässt sich aus den Artikeln der von ihm herausgegebenen Wolfenbütteler Zeitung zur Einbürgerungsfrage Januar-Februar 1932 herauslesen.

<sup>13</sup> Die Unterlagen zu Heimbs sind verstreut. Vgl. z.B. Braunschweigisches Landesmuseum BLM Firmenarchiv Heimbs: Mappe Carl Heimbs / Persönliche Papiere oder Leserbrief von Heimbs zur Einbürgerung Hitlers im SPIEGEL 15.1961, 42.

an der Hochschule, die zu seinem Ressort als Volksbildungsminister gehörte, zum Professor berufen. Diese Berufung hatte Klagges nahezu auf eigene Faust sowohl an seinen bürgerlichen Koalitionspartnern wie an den Organen der Hochschule vorbei versucht. Für den 13.2.1932 ist ein entsprechender Aktenvermerk von Klagges und bereits zwei Tage später eine Ernennungsurkunde überliefert, mit der Hitler zum planmäßigen außerordentlichen Professor für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ an der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH Braunschweig berufen werden sollte.<sup>14</sup>

Was Klagges mit dieser Denomination meinte, bleibt rätselhaft. Bezieht sich das Adjektiv „organisch“ nur auf „Gesellschaftslehre“ oder auch auf „Politik“? Warum verwendet er statt des damals üblichen Begriffs „Staatsbürgerkunde“ den Begriff „Politik“, nicht aber statt des damals üblichen Begriffs „Soziologie“ den Begriff „Gesellschaftslehre“? Vermutlich bezieht sich das Adjektiv auf beides. Im Deutschen Wörterbuch von Hermann Paul wird „organisch“, abgeleitet von „Organ“ und übertragen auf die Politik, mit „wohlausgewogen“ oder „natürlichen Gesetzmäßigkeiten folgend“ übersetzt (Paul 2002, S. 726). Wenn Klagges letzteres im Sinn hatte, dann dachte er an ein Politik- und Gesellschaftsverständnis, das sich am Sozialdarwinismus orientiert.<sup>15</sup> Staatsbürgerkunde klang ihm vermutlich zu demokratisch und setzte sich zudem nicht von der Denomination des Kollegen Roloff ab, der nicht nur Fraktionsvorsitzender im Landtag, sondern auch Inhaber einer Professur für „Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde“ war. Der Begriff „Gesellschaftslehre“ sollte sich vielleicht von der Denomination eines weiteren Kollegen, Theodor Geiger, unterscheiden, der eine Professur für Soziologie wahrnahm. Beide waren, wie auch für Hitler vorgesehen, an der Kulturwissenschaftlichen Abteilung und dort insbesondere in der Lehrerbildung tätig. Aus dem Aktenvermerk geht ferner hervor, dass er an eine Professur für politische Bildung „des heranwachsenden Geschlechts“ im Sinne der NS-Ideologie dachte. Hitlers „Hauptwerk“ „Mein Kampf“, man glaubt es kaum, schien ihm dafür die notwendige Qualifikation zu liefern. Im Sinne eines sozialdarwinistischen Politikverständnisses, dass Politik auf Kampf beruht, war Klagges allerdings konsequent. Es ist nicht auszuschließen, dass Klagges mit der „Hitler-Professur“ nicht nur eine Scheinernennung vorhatte, sondern diese sogar ernst gemeint war als Nukleus einer Lehrerbildung im Sinne des Nationalsozialismus, deren Ort die wenige Jahre später gegründete Bernhard-Rust-Hochschule sein sollte. Eine pikante Fußnote der Geschichte liefert der Umstand, dass deren erster Direktor, der Pädagoge Friedrich Berger, auf die für Hitler vorgesehene und dann vakant gebliebene Professur berufen wurde.

<sup>14</sup> Nds. Staatsarchiv 12 Neu 7, III Nr. 235 a; Ernennungsurkunde in Overesch 1981, S. 57.

<sup>15</sup> 1974 wird Klagges den Begriff im Untertitel seiner Schrift „Eine Tugend gegen alle Todsünden. Das organische Weltbild“ wiederverwenden. Vgl. zu Klagges Klein 2014; German 1995.



Als der überhastet und dilettantisch eingefädelte Berufungsversuch ruchbar wurde, stieß er auf den heftigen Widerstand des bürgerlichen Koalitionspartners. Küchenthal weigerte sich, die ihm von Klagges vorgelegte Ernennungsurkunde gegenzuzeichnen. Für die Opposition im Landtag wie für die Presse war der „Professor Hitler“ ein gefundenes Fressen. Hitler war blamiert, Klagges hatte gegenüber der Parteiführung sein Gesicht verloren. Weil die wegen des nahenden Wahltermins zeitlich drängende Einbürgerung am Widerstand von Hochschule und Koalitionspartner zu scheitern drohte, schalteten sich die Berliner Parteizentralen von NSDAP, DNVP und DVP ein, um durch Abgesandte und eifriges Telefonieren Druck auf die Braunschweiger Parteifreunde auszuüben. Diese hatten offenbar zunächst nicht begreifen wollen, dass es bei der Kandidatur Hitlers um die „große Politik“, nämlich die Strategie und Taktik zum Sturz von Reichskanzler Brüning und die Etablierung einer neuen Regierung der nationalen Konzentration mit oder ohne Hitler an der Spitze ging.

Deshalb sind bei der Einbürgerung neben den braunschweiger Politikern die Motive und Aktivitäten der berliner Parteiführer (Hugenberg, Quaat, Seldte, Duesterberg, Dingeldey, Goebbels, Göring, Strasser u.a.) und die Motive und Aktivitäten der Akteure auf Seiten der Hochschule zu berücksichtigen. Die Reaktion auf die Berufungsabsicht reichte an der TH von Belustigung bis zur Empörung und stieß auf den einhelligen Widerstand von Rektor, Senat und nahezu der gesamten Professorenschaft, weil Klagges meinte, die Hochschule bei der Berufung einfach übergehen zu können, und weil ein „Professor Hitler“ ohne jegliche akademische Qualifikation als eine Zumutung empfunden wurde, die die Hochschule dem Gespött der akademischen Zunft ausgesetzt hätte. Von der Unruhe in der Studentenschaft, die eine „Vorlesung“ Hitlers ausgelöst hätte, ganz zu schweigen.<sup>16</sup> Die Gerüchte um eine Berufung müssen wochenlang das Top-Thema der Hochschule gewesen sein, zumal es durch entsprechende Presseberichte immer wieder befeuert wurde. Auf dieser Bühne spielte Roloff seine zweite Rolle, da er nicht nur politischer Anführer der BEL im Landtag, sondern als Professor mit einer zudem konkurrierenden Denomination auch in der Universität einflussreich war.

Pikant ist, dass Roloff durch seine Kooperation mit den Nazis im Landtag gleich mehrfach durch Beförderung an der Hochschule profitierte. Er war zwar gegen einen Professor Hitler, dem Regierungsrat Hitler gab er am Ende grünes Licht. Leider sind die Universitätsakten in Sachen Hitler-Professur wenig ergiebig. Da es keine Ernennung gab, wurde an der TH auch keine Personalakte angelegt. Die Absicht hat sich nur in den Akten des Ministeriums niedergeschlagen. Dazu

---

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Dokumentation „Die Vorgänge an der Technischen Hochschule in Braunschweig“. In: Mitteilungen 1933.

gehören die Aktennotiz von Klagges, die Ernennungsurkunde, die Küchenthal nicht gegenzeichnen wollte, und die Rechtsgutachten der Beamten aus Klagges Ministerium, um die Vorbehalte des Verfassungsreferenten Kaisenberg aus dem Reichsinnenministerium gegen ein „Scheingeschäft“ auszuräumen. Lediglich ein einziges Senatsprotokoll vom 23.3.1932 erwähnt den Vorgang indirekt unter „Verschiedenes“ (vgl. Pöls 1974). Die Personalakten im Umkreis der beabsichtigten Berufung (Riekell, dessen vakante Stelle Hitler bekommen sollte; Berger, der auf die Riekell-Stelle am Ende berufen wurde; Roloff, der zweimal während der Koalition aus BEL und NSDAP befördert wurde) erlauben nur indirekte Schlüsse.<sup>17</sup> Dies zeigt einmal mehr, dass auch ein Aktenstudium nur begrenzten Wert hat, wenn das Wichtige nur mündlich verhandelt wird und bewusst keinen schriftlichen Niederschlag findet.

Um die Vorgänge im Kontext der Einbürgerung des Frühjahrs 1932 in ihrer tieferen Bedeutung zu erfassen, müssen also die Wechselwirkungen zwischen den, aber auch innerhalb der drei Ebenen aus Reich, Land und Hochschule berücksichtigt werden. Berücksichtigt werden müssen ferner die widerstrebenden Interessen zwischen der NSDAP und ihren bürgerlichen Koalitionspartnern, zwischen den bürgerlichen Partnern untereinander, in Braunschweig repräsentiert durch die DNVP und die DVP, und sogar innerhalb der NSDAP sowohl auf Reichs- wie auf Landesebene. In Braunschweig waren Minister Klagges und Landtagspräsident Zörner die Protagonisten, die den radikalen und den moderaten Flügel der Partei repräsentierten, wobei sich Klagges zunehmend dem Druck noch radikalerer Parteigenossen wie Alpers und Jeckeln ausgesetzt sah. Es gibt zumindest Indizien, dass Zörner ein doppeltes Spiel gespielt hat. Nach der gescheiterten Verbeamtung Hitlers via Professur wurde er zwar initiativ und half, die Regierungsrat-Variante einzufädeln, hat aber möglicherweise in seiner Eigenschaft als Landtagspräsident auf dem Wege der Geschäftsordnung mitgewirkt (oder zumindest nicht verhindert), dass die Verbeamtung und damit Einbürgerung Hitlers womöglich zu spät gekommen wäre, um die Nominierungsfrist für die Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl noch einzuhalten, weil die Verbeamtung Hitlers auch eine haushaltsrechtliche Dimension hatte, die der Beschlüsse von Haushaltsausschuss und Landtag bedurfte. Jedenfalls wurde ihm das von Klagges im November 1933 in einem Parteigerichtsverfahren<sup>18</sup> vorgeworfen. Mindestens hat er mit Klagges um die Gunst Hitlers konkurriert, die sich durch Verdienste um die Verleihung der Staatsbürgerschaft gewinnen ließ.

Im Februar 1932 wurde demnach im Land Braunschweig die Weiche auf dem Weg Hitlers zur Macht gestellt. Ohne seine Verbeamtung hätte es keine Einbür-

---

<sup>17</sup> Sie sind einsehbar im Archiv der TU Braunschweig.

<sup>18</sup> Nds. Staatsarchiv, Eröffnungsbeschluss vom 14.11.1933, Seg. 6.

gerung und ohne Einbürgerung keine Kandidatur zum Reichspräsidenten geben können. Ohne die drohende Kandidatur Hitlers hätte es womöglich keine zweite Kandidatur des altersmüden Hindenburg gegeben, da nur dieser nach Ansicht Brünnings und der SPD noch in der Lage war, Hitler in die Schranken zu weisen. Nur so erklärt sich die verquere Gefechtslage gegenüber Hindenburgs erster Wahl 1925, bei der er noch von den Parteien der Weimarer Koalition als konservativer Gegner bekämpft worden war. Ohne eine Kandidatur Hindenburgs hätte es vielleicht ein gemeinsamer Kandidat der Weimarer Koalition geschafft, der sicher keinen Hitler zum Reichskanzler gemacht hätte. Ohne Hitlers Kandidatur hätte es auch keine Klärung der verworrenen Gefechtslage auf Seiten der nationalen Rechten gegeben, die zum Auseinanderbrechen der „Harzburger Front“ führte. Deren Tagung konnte nur im braunschweigischen Bad Harzburg stattfinden, weil Klagges als Innenminister sich über das Aufmarschverbot im benachbarten Preußen hinwegsetzen konnte. Hitler war keineswegs bereit, sich in eine Front einzureihen, gar den nützlichen „Trommler“ für die alte, nationalkonservative Elite zur Restauration der Zeit vor Weimar abzugeben, sondern wollte alleiniger Führer in einem „Post-Weimarer-System“ sein, der nur und wirklich nur aus taktischen Gründen die zeitweise Kooperation mit den Nationalkonservativen suchte. Ohne seine Präsidentschaftskandidatur und die propagandistische Wirkung der zwei Wahlgänge wäre der Aufstieg Hitlers im Jahre 1932 weniger fulminant gewesen, der sich in einer nahezu ununterbrochenen Kette von 15 Wahlen (2 × Reichspräsident, 2 × Reichstag, 9 × Landtage und 2 × Gemeinden) manifestierte. Im zweiten Wahlgang erreichte er mit 13,4 Mio. Stimmen bereits im Frühjahr den Mobilisierungsgipfel der NSDAP, der in der Reichstagswahl vom 31.7.1932 kaum überboten wurde. Ohne die Kandidatur als Teil des Legalitätskurses, den er im Reichswehrprozess als Zeuge am 25.9.1930 beschworen hatte<sup>19</sup>, hätte es auch nicht die innerparteiliche Klärung auf Seiten der NS-Führung über Strategie und Taktik zur Machtergreifung gegeben. Diese führte zum Ausschluss des sozialistischen Flügels (Strasser im Reich, Franzen und Groh in Braunschweig) zugunsten des nationalen Flügels und am 30.6./1.7.1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches zur Entmachtung der SA bzw. Ermordung ihrer Führung zugunsten der SS. Auch in Braunschweig übernahm die SS, angeführt von Alpers, das Kommando. Klagges brachte es bis zum Obergruppenführer.

An dieser Stelle darf der Hinweis auf die strukturellen Rahmenbedingungen nicht fehlen. Zweifellos hat der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise am 29.10.1929, die seitdem rasant steigende Arbeitslosigkeit, die im Frühjahr 1932 ihren Höhepunkt erreicht hatte, und hat die Brünningsche Austeritätspolitik im Umgang mit der Krise der NSDAP den Zulauf nicht nur bei Arbeitslosen, sondern auch bei einer verunsicherten bürgerlichen Wählerschaft gebracht. Das galt gerade auch für das

---

<sup>19</sup> Vgl. dazu das Droste Geschichts-Kalendarium, Bd. I, S. 489.

industriell und protestantisch geprägte Land Braunschweig. Aber – in den USA, in Großbritannien oder in Frankreich, die gleichermaßen von der Krise betroffen waren, ist kein Hitler an die Macht gekommen. Der Faschismus in Italien hatte sich bereits vor der Weltwirtschaftskrise etabliert. Also muss es in Deutschland besondere Umstände gegeben haben, die den phänomenalen Aufstieg Hitlers erklären. Der Propaganda-Erfolg der zwei Wahlgänge zum Reichspräsidenten, die zahllosen Wahlkampfauftritte, die sogar per Flugzeug absolviert wurden („Hitler über Deutschland“), und die breite Akzeptanz im nationalkonservativen Lager, die im nur in Braunschweig möglichen Aufmarsch der „Harzburger Front“ (10./11.10.1931) zum Ausdruck kam, wie die sog. Hitler-Tage in Braunschweig eine Woche später (17./18.19.1931) mit dem Aufmarsch von 100.000 SA-Männern vor dem Braunschweiger Schloss, die das Bürgertum gleichermaßen faszinierte wie einschüchterte, machen den persönlichen Faktor aus. Dass der Rückgang der Stimmen für die NSDAP in der Novemberwahl 1932 den Abstieg anzeigte, ist strukturell zu erklären, weil es erste Anzeichen für ein Abflauen der Weltwirtschaftskrise und eine Vereinbarung über einen Verzicht oder eine Reduzierung der Reparationen gab. Brünnings Strategie, Hitler auszusitzen, hätte aufgehen können, wenn er mehr Zeit bekommen hätte. Der rasante Aufstieg Hitlers hat ihm diese Zeit genommen. Dank seiner Erfolge des Jahres 1932 konnte er so viel Druck aufbauen, war er bereits so mächtig, waren seine Gegner bereits so eingeschüchtert, dass die Hofkamarilla, die Hindenburg umgab, nicht mehr glaubte, an ihm vorbeigehen zu können.

Die Kandidatur hatte Hitler zudem eine weitere Option zur Macht eröffnet. Zuvor bestand die Alternative in einem gewaltsamen Putsch, gestützt auf eine SA, die der Reichswehr zahlenmäßig überlegen war, für den es Belege wie die „Boxheimer Dokumente“ (Best 1932) und die bei den Hausdurchsuchungen zwischen den beiden Wahlgängen sichergestellten Unterlagen zur Aufstellung von Alarmeinheiten gibt, und einem Legalitätskurs, der auf die Erringung parlamentarischer Mehrheiten in Koalition mit den bürgerlichen Parteien setzte. Mit der Option, selber Präsident zu werden und selber mit Notverordnungen zu operieren, eröffnete sich eine dritte Alternative. Hitler hätte im Falle seines Wahlsieges nicht mehr darauf hoffen müssen, den Brüning zu machen, indem er von Hindenburg berufen wurde, sondern konnte selber Hindenburg sein, um seinen eigenen Brüning, etwa einen verdienten Parteigenossen wie Frick, zum Reichskanzler zu ernennen. Die große Enttäuschung nach dem ersten Wahlgang, die von Goebbels im Tagebuch ungeschminkt zum Ausdruck gebracht wird, deutet darauf hin, dass Hitler mit einem Sieg gerechnet hat. Dass die SPD-Wählerschaft so geschlossen für Hindenburg stimmte, hatte er nicht erwartet. Die Verschmelzung von Reichskanzler und Präsident zum „Führer“, wie nach Hindenburgs Tod geschehen, hätte auch andersherum vollzogen werden können.

Die Ereignisse im Kontext der Braunschweiger Einbürgerung lesen sich auch als ein Lehrstück zu einem Zeitpunkt, als die Lehren noch hätten gezogen werden

können. Die NSDAP demonstrierte in Braunschweig seit den Landtagswahlen vom 14.9.1930 und der Regierungsbildung am 1.10.1930 in einer Koalition mit der BEL ihre Doppelstrategie – einerseits die Straße zu mobilisieren und so ihre Gegner auf der Linken wie ihre bürgerlichen Partner auf der Rechten einzuschüchtern und andererseits über die Teilhabe an der Macht die Gewaltakte der Straße immer wieder zu decken, zu verharmlosen oder gar zu legitimieren. Wenn es die akute Situation gebot, war man sogar bereit, auf Gewaltakte ganz zu verzichten und strikt legal zu verfahren. So lässt sich das Auf und Ab im Braunschweiger Hochschulkonflikt (Pöls 1974) oder das Auf und Ab in den diversen Braunschweiger Koalitionskrisen erklären, die mehrfach an den Rand des Bruchs der Koalition und sogar darüber hinaus geführt haben.

Zörner als Landtagspräsident exerzierte vor, was Göring als Reichspräsident nachvollziehen sollte – nämlich, wie sich dieses Amt, gestützt auf die Geschäftsordnung, dazu nutzen ließ, den Gegner auszumanövrieren und knappe Mehrheiten im Parlament zu sichern. Einer oder gar beide KPD-Abgeordneten im Landtag wurden mehrfach von Zörner von den Sitzungen ausgeschlossen. Obwohl die bürgerlichen Steigbügelhalter in Braunschweig das alles mit wachsendem Unmut und deutlichen Widerwillen registrierten, dies auch den Berliner Parteizentralen nicht verborgen bleiben konnte, haben sie mitgespielt und sind immer wieder eingeknickt. Dass sie immer wieder einknickten, lag am Druck der „Straße“, die von der SA beherrscht wurde, am Druck der Berliner Parteizentralen, insbesondere Hugenbergs auf die Braunschweiger DNVP, der von einer Harzburger Front träumte, und an der Angst vor Neuwahlen, die der NSDAP 1930–1932 immer neue Wahlsiege und immer neuen Zulauf für Partei und SA eingebracht hatten. Die Drohung mit Parlamentsauflösung und Neuwahlen war die stärkste Karte auf Reichs- und Landesebene, die die NSDAP in dem Machtpoker des Jahres 1932 zu ziehen vermochte. Auch die mit der SA rivalisierenden Stahlhelmführer waren Hitler nicht gewachsen. Der Stahlhelm hätte, gerade auch in Braunschweig, ein Gegengewicht zur SA bilden können. Die Stahlhelmführer Seldte und Duesterberg waren sich nicht einig. Duesterberg kandidierte im 1. Wahlgang und nahm Hitler (und Hindenburg) Stimmen weg. Seldte sollte 1933 als Arbeitsminister in das Kabinett Hitler eintreten. Die Opposition des Stahlhelms in Braunschweig war zwar entschiedener als in Berlin und mündete am 27.3.1933, als es bereits zu spät war, im sog. „Stahlhelmputsch“. In letzter Minute versuchte der Braunschweiger Stahlhelmführer Werner Schrader die Gegenmobilisierung, indem er Reichsbannerleute und sogar Kommunisten dazu aufrief, die Reihen des Stahlhelms aufzufüllen, die sich zu diesem Zweck tatsächlich im Gebäude der AOK, der sog. Stahlhelmkaserne, eingefunden hatten.

Warum hat die BEL (11 Sitze) überhaupt mit der NSDAP koalitiert? Warum hat nicht zumindest die DVP, als es zu einer bürgerlichen Alleinregierung nicht reichte, weil die NSDAP 1930 mit überraschenden 9 Sitzen in den Landtag einzog und dennoch die Koalition mit 20 von 40 Sitzen keine Mehrheit hatte, nicht die Seiten

gewechselt und eine Koalition mit der SPD geschlossen? Diese hätte mit 17 + 4 Stimmen über eine Mehrheit im Landtag verfügt. Sie war vermutlich 1930 noch gefangen von dem Ziel, die SPD unter allen Umständen abzulösen und Verwaltung, Polizei, Schulen und die Hochschule von SPD-Mitgliedern, dissidenten Lehrern und Reformpädagogen zu säubern. Dazu hätte es aber der Besetzung der Ministerien für Inneres und Volksbildung bedurft, denn nur in diesen Ressorts waren die Länder autonom. Aber genau diese beiden Ressorts hatte sich die NSDAP in den Koalitionsverhandlungen gesichert, ganz wie es im zitierten Hitlerbrief von 1930 formuliert worden war. Die DVP, die ein drittes Ministerium für sich erhoffte, war leer ausgegangen und konnte noch nicht einmal den Posten des Parlamentspräsidenten behaupten, der eigentlich der SPD als stärkster Fraktion und nicht der NSDAP als drittstärkster Fraktion zustand.

Spätestens nach dem Rücktritt des ersten NS-Ministers Anton Franzen am 27.7.1931 und der anschließenden Regierungskrise wäre noch die Zeit und die Möglichkeit zu einem Kurswechsel gewesen. Wieder muss der DVP, die in der Braunschweiger Koalition auf dem „linken“ Flügel stand, Versagen vorgeworfen werden, weil sie eine neue Mehrheit hätten bilden können, wie das auf Reichsebene in der Großen Koalition (Stresemann, Curtius) bis zum März 1930 und auf Landesebene in Thüringen bis zum April 1931 möglich war (Dickmann 1966). Dort hatte ein Zusammengehen von SPD und DVP sogar zum Sturz des NS-Innenministers Frick geführt. Gerade der Versuch Fricks, Hitler zum Gendarmeriekommissar zu ernennen und so einzubürgern, hatte eine Rolle beim Bruch der thüringer Koalition gespielt, der die DVP angehörte. Vermutlich war es in Braunschweig die Furcht, bei einer drohenden Landtagsauflösung und Neuwahl in die Bedeutungslosigkeit abzustürzen, die die DVP bewogen hat, immer wieder nachzugeben. Auch dem Abgeordneten der Staatspartei Walter Schrader<sup>20</sup> und den beiden KPD-Abgeordneten ist Mitverantwortung anzulasten, da angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse im Landtag mehrfach eine einzige Stimme gereicht hätte.

Der 15.9.1931, der Tag, an dem Klagges mit 20:19 Stimmen im Landtag zum Innen- und Volksbildungsminister als Nachfolger von Franzen gewählt wurde, beendete nicht nur die Regierungskrise, sondern muss als Tag der kleinen „Machtergreifung“ in Braunschweig gewertet werden. Klagges vertrat gegenüber Franzen den radikalen Flügel der NSDAP und war, anders als sein Vorgänger, bereit, immer wieder die Grenze der Legalität zu überschreiten. Während Franzen sogar den Mut hatte, Hitler offen die Stirn zu bieten, verstand sich Klagges als Hitlers Statthalter, der im Kleinen in Braunschweig vormachte, was Hitler im Großen

---

<sup>20</sup> Nicht zu verwechseln mit dem Stahlhelmführer Werner Schrader, der sich später dem Widerstand anschloss (Roloff 1997).



in Berlin nachvollziehen sollte. Und er verstand sich als Erfüllungsgehilfe, der die strategische Bedeutung der braunschweiger Regierungsbeteiligung auf dem Weg zur Macht erkannte und alles daran setzte, seinem Führer die ersehnte Staatsbürgerschaft zu verschaffen.

Zu den Facetten des Gesamtbilds gehören aber auch die kleinen persönlichen Interessen, die die beteiligten Akteure im Schatten der großen Politik verfolgten. Klagges und Zörner buhlten um die Gunst Hitlers und gerieten darüber in einen lokalen Machtkampf, bei dem Zörner den Kürzeren zog und Klagges dennoch die Gunst Hitlers verspielte. Zörner wurde dafür mit dem Posten des Dresdener Oberbürgermeisters abgefunden (Herrmann 2000). Die jüngeren, noch radikaleren Parteiaktivisten wie Alpers, Jeckeln und Schmidt-Bodenstedt machten genau die Parteibuchkarriere, die sie zuvor den SPD-Beamten vorgeworfen hatten, wobei sie nicht zögerten, mit immer radikaleren Mitteln alle Gegner auszuschalten bzw. gewaltsam zum Mandatsverzicht zu zwingen. Schmidt-Bodenstedt, der von Alpers und Jeckeln in Klagges Gunst verdrängt wurde, durfte stattdessen Karriere bei Bernhard Rust in dessen Berliner Ministerium machen.

Besonders Küchenthal hatte immer sein persönliches Wohl im Auge, wenn es darum ging, keine Verantwortung zu übernehmen bzw. pekuniär abgefunden zu werden. Als Küchenthal als Vorsitzender des Staatsministeriums durch Klagges ersetzt wurde, wurde er mit dem Posten des Staatsbankpräsidenten abgefunden, damals der bestbezahlte Posten im Freistaat überhaupt. Seine eigene Ernennungsurkunde hat er zusammen mit Klagges unterzeichnet. Roloff ist ein delikater Fall, weil er eine Doppelrolle spielte und sich seine politische Koalitionsbereitschaft mit der mehrfachen Beförderung als TH-Professor belohnen ließ. Eventuell hatte er sogar insgeheim das Interesse, dass die durch die Entlassung des Reformpädagogen und SPD-Mitglieds Riegel frei gewordene und für Hitler vorgesehene Stelle deshalb nicht mit Hitler besetzt wurde, weil sie höher dotiert war als seine eigene und er, wenn nicht auf dessen Professur, so doch auf die Riegelsche Gehaltsspitze reflektierte. Jedenfalls wurde er am 10.6.1932 von Klagges zum Ordinarius befördert.<sup>21</sup> Auch Boden musste zwischenzeitlich um seine Stelle als Gesandter fürchten, weil Hitler dafür ins Spiel gebracht wurde. Am Ende hat er aus seiner Kooperation einen allerdings geringen Gehaltsvorteil gezogen, weil eine zuvor gestrichene Zulage ihm wieder zugesprochen wurde. Carl Heimbs, der Schwager Zörners, war auf den ersten Blick nur Randfigur, aber einmal an entscheidender Stelle am 17.2.1932 bei einer abendlichen Runde im Braunschweiger Parkhotel mit Hans Frank, dem

---

<sup>21</sup> Der auf die für Hitler vorgesehene Riegel-Professur am Ende berufene Berger wird nur zum a.o. Professor ernannt ohne die Riegelsche Gehaltsspitze. Vgl. dazu die Personalakten Riegel, Roloff und Berger im Archiv der TU Braunschweig.

Rechtsberater Hitlers, und seinem Schwager Zörner, involviert.<sup>22</sup> Als Vertreter der braunschweigischen Wirtschaft erhoffte er sich vielleicht Vorteile durch die in Aussicht gestellte Lobbyisten-Tätigkeit. Angeblich wollte sich Hitler für die braunschweiger Industrie, als Autonarr besonders für den Fahrzeugbau (Büssing) und den Unterharzer Erzbergbau, einsetzen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, die 1932 ihren Höhepunkt auch im Land Braunschweig erreicht hatte, war diese Aussicht für die DVP, die sich als Interessenvertreterin der Industrie verstand, vielleicht ein verlockender Strohhalm.

In seiner Eigenschaft als Regierungsrat ist Hitler nicht als Wirtschaftsförderer tätig geworden, obwohl er gerade zu Großindustriellen (Fritz Thyssen und Co.) gute Beziehungen hatte. Dass sich die Einbürgerung Hitlers für Braunschweig in dieser Hinsicht dennoch ausgezahlt hat, diese These ist nicht ganz abwegig. Immerhin haben Land und Region in der NS-Zeit einen außerordentlichen Modernisierungsschub erfahren (Reichswerke, VW-Werk, NIEMO, Vorwerk, Autobahnanschluss, Hafen am Mittellandkanal, Stichkanal nach Salzgitter, Flughafen in Waggum, Forschungsinstitute der TH im Flugzeugbau, Luftflottenkommando, Stadt des Kdf-Wagens, Herman Göring-Stadt, Mustersiedlungen in Braunschweig und vieles mehr). Ohne Kenntnis und Zustimmung Hitlers ist das alles weder geplant noch gebaut worden. Insbesondere für den Komplex VW-Werk und Wolfsburg hat sich Hitler persönlich verantwortlich gefühlt. Der Name „Stadt des KdF-Wagens“ war nur ein Provisorium, der später als Untertitel dienen sollte. Viele Indizien sprechen dafür, dass der endgültige Name entweder „Adolf Hitler-Stadt“ lauten sollte oder schon damals „Wolfsburg“ in Anlehnung an Hitlers Deck- bzw. Kosenamen „Wolf“ geplant war.<sup>23</sup> Vielleicht wollte er sich nachträglich dafür bedanken, dass Braunschweig ihn eingebürgert und so den Makel des Staatenlosen getilgt hat, der zum Führer von Volk und Vaterland so gar nicht passen wollte? Insofern bekommt Hitlers Bemerkung vom Januar 1945 in einer Lagebesprechung der Reichskanzlei, als er sich an seine Zeit als Braunschweiger Regierungsrat erinnert und er Görings Intervention, dass er das Amt nicht ausgeübt habe, mit dem Satz pariert „Sagen Sie das nicht. Ich habe dem Land großen Nutzen gebracht“ eine durchaus korrekte Bedeutung (vgl. dazu Lent 2010).

Auch innerhalb der Hochschule gab es Gerangel um die durch die Säuberung freiwerdenden Stellen angesichts der krisenbedingt immer klammen Finanzlage des Freistaats. Sie sollten zwar von Nazis besetzt werden, die aber untereinander in Konkurrenz lagen. Das galt für Berger und dessen verhinderte Beförderung, der am Ende die Riekel-Professur bekam, und galt vor allem für das Personenkarussell

<sup>22</sup> Vgl. dazu Einbürgerung. Professor Hitler. In: Der SPIEGEL 15. 1961, 40. S. 43–46 sowie Heim ins Reich. Leserbrief von Heimbs, Roloff u.a. In: Der SPIEGEL 15. 191, 42. S. 16–20.

<sup>23</sup> Vgl. dazu Wohlfromm/Wohlfromm 2001. Das Buch genügt zwar keinen strengen wissenschaftlichen Ansprüchen, Vertritt aber eine plausible, durch Indizien gestützte These.

nach Gründung der Hermann-Rust-Hochschule 1937, als die Lehrerausbildung, die erst 1927 in die TH integriert worden war, wieder aus der TH herausgenommen wurde. Professoren wie Roloff wollten den Statusverlust der Versetzung an eine ideologische NS-Kaderschmiede für Volksschullehrer nicht mitmachen.

Deshalb sind die Personalakten und Nachlässe, die im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel, im Stadtarchiv Braunschweig, im Stadtarchiv Wolfsburg, im Archiv der TU Braunschweig und im Braunschweigischen Landesmuseum aufbewahrt werden, doch wichtige Quellen, sofern man sie im Kontext der übrigen Ereignisse zu lesen weiß. Die braunschweiger Archive sind von den Autoren der großen Hitlermonographien nicht ausgewertet worden. Am besten, man liest alles zweimal, weil auch ein auf Quellenstudium gestützter Erkenntnisprozess ein iterativer Vorgang ist.

Wenig bis gar nicht berücksichtigt in der Literatur wird, welche Kontroversen die Einbürgerung **nach** 1945 unter den 1932 beteiligten Akteuren anlässlich der diversen Entnazifizierungsverfahren ausgelöst hat. Alle Überlebenden, abgesehen von Klagges, der sich in seinen Prozessen als unbelehrbar erwies<sup>24</sup>, suchten sich zu entlasten bzw. gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben. Die Alliierten haben die Einbürgerung nämlich als wesentliches Kriterium genutzt, in welche Belastungskategorie die Beteiligten einzustufen waren. Schmidt-Bodenstedt, eine zeitlang die rechte Hand von Klagges und Parteibuchbeamter per excellence, der es vom kleinen Hilfslehrer in der Volksschule der Gemeinde Bodenstedt bis zum Ministerialdirigenten bei Bernhard Rust in Berlin brachte, hat glattweg jegliche Kenntnis bestritten und Alpers als den eigentlichen Scharfmacher bezeichnet. Auf bürgerlicher Seite standen sich Küchenthal und Roloff als Hauptantagonisten in der Frage der Verantwortung für die Einbürgerung gegenüber. War es Küchenthal, der als Ministerpräsident die Ernennungsurkunde Hitlers unterschrieb, oder Roloff, der als Fraktionsführer den politischen Beschluss herbeiführte? Roloff jun. hat nach dem Tod des Vaters, auch wenn er sich sehr kritisch mit ihm auseinandersetzt, die Kontroverse mit Küchenthal fortgesetzt. Letzterer hat in seinen „Erinnerungen“ mehrere hundert Seiten in 4 Bänden und diversen Neuauflagen darauf verwendet, sich von jeglicher Mitverantwortung freizusprechen (Küchenthal 1969–1973). Auch Boden, Brandes und Heimbs suchten in diversen Aktenvermerken, Vernehmungen und Stellungnahmen die Bedeutung ihrer Mitwirkung herunterzuspielen bzw. andere zu belasten. 1961, als das Buch von Roloff jun. „Bürgertum und Nationalsozialismus 1930–1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich“ erschien, hat der SPIEGEL sich in zwei Heften (Nr. 40 und Nr. 42) dem Thema gewidmet. Einig waren sich alle Beteiligten darin, die politische Bedeutung der Einbürgerung Hitlers überhaupt in Frage zu stellen. Dies kontrastiert in aller Schärfe mit den

---

<sup>24</sup> Vgl. dazu dessen „Stellungnahme zu dem Urteil des Schwurgerichts Braunschweig vom 5.4.1950 gegen Dietrich Klagges“ MS 381 S. 62 Nds FB2 Nr. 800/801.

zeitgenössischen Ausführungen aus deren Anlass, in denen diese Bedeutung von Klagges, Roloff sen., Schmalz, Goebbels u.a. besonders hervorgehoben wird. Im Licht der Äußerungen nach 1945 werden viele Details der Ereignisse aus den Jahren 1930–1932 sehr viel klarer.

Eine für die Bewertung der Einbürgerung zentrale Frage, die in der Literatur kaum gestellt und wenn, nur unbefriedigend beantwortet wird, lautet: Warum zögerte Hitler so lange, bis er sich zur Kandidatur entschloss? War es die Furcht vor der Blamage, gegen den Helden des Ersten Weltkriegs zu verlieren? War es die Furcht vor der noch größeren Blamage, die Einbürgerung versagt zu bekommen und gar nicht kandidieren zu dürfen? War es die Furcht, dass seine Staatenlosigkeit und damit seine obskure Biographie zu einem öffentlichen Thema wurden? Immerhin hatte Hitler reichlich Erfahrung mit dem Spott von Presse und Opposition, als die Details der gescheiterten Einbürgerungsversuche in Thüringen (Gendarmeriekommissar von Hildburghausen) bekannt geworden waren. War es vielleicht die latent immer noch vorhandene Furcht vor der Ausweisung als Staatenloser? Scheute er das Dilemma, das aus der Einbürgerung über den § 14 resultierte? Wenn er nicht die Wahl gewann, hätte er eigentlich das Amt des Regierungsrats ausüben müssen, um nicht aufgrund der offensichtlichen Scheinernennung das Risiko der neuerlichen Aberkennung der Staatsbürgerschaft einzugehen. Mindestens drohte die Entlassung aus dem Braunschweigischen Staatsdienst wegen offensichtlicher Berufsverweigerung. Wäre am Ende, wenn es schief gegangen wäre, nur noch, wie bereits 1923 vergeblich in München versucht, der Weg über den Staatsstreich, wie von der SA-Führung gefordert, geblieben? Zögerte er, weil er auch vor dieser Konsequenz, die seinen Legalitätskurs und damit seinen Führungsanspruch in Frage gestellt hätte, bzw. vor einem neuerlichen Scheitern Angst hatte?

Konnte er in der kritischen Phase der Jahre 1930–1932, als die Partei einerseits von Erfolg zu Erfolg eilte, aber dennoch ausgebremst wurde und Rückschläge hinnehmen musste wie z.B. die Niederlage im 1. Wahlgang zum Reichspräsidenten, der SA wirklich sicher sein? Seine Taktik des Legalitätskurses stieß bei Stennes, Röhm und Strasser auf Widerstand. Insbesondere die Polizeiaktion gegen die SA in Preußen am 17.3.1932 in der heiklen Phase zwischen den beiden Wahlgängen und das Verbot von SA und SS im ganzen Reich vom 13.4.1932 hat die Partei in eine ernste Krise gestürzt, in der es Hitler nur mit Mühe gelang, die SA ruhig zu stellen. Es gibt zumindest Indizien, dass der Aufstand als Alternative zur Präsidentschaftskandidatur ernsthaft diskutiert und sogar organisatorische Schritte unternommen wurden. Oder zögerte er, weil er ahnte, dass die innerparteiliche Entwicklung auf diesen Punkt zusteuern könnte und er nicht sicher war, ob er die Oberhand behalten würde. Nicht umsonst wurden seine Widersacher in der SA später anlässlich des „Röhmputsches“ von der SS umgebracht. Hitler erscheint jedenfalls zwischen dem Herbst 1930, als das Thema Einbürgerung die NS-Führung immer stärker beschäftigte und dem 7.1.1932, als die Frage der Kandidatur und damit auch der Einbürgerung akut und dennoch bis zum 19.2.1932 immer wieder

verschleppt wurde, nicht als der machtvolle und zu allem entschlossene Führer, als der er sich in seinen öffentlichen Propaganda-Auftritten gerierte. Hitler ist zögerlich, scheint täglich zu schwanken, so dass nicht nur die Gauleiter, sondern selbst Goebbels anfängt, an seinem Führer zu zweifeln.

Und schließlich offenbaren die Umstände der Ernennung nicht nur deren Farce, bei der alle Akteure bis ins kleinste Detail den legalen Anstrich zu wahren suchen, obwohl der „Lug und Trug“, wie später von Boden bestätigt, allen klar gewesen sein muss. Sie offenbaren auch den von Vorurteilen und Minderwertigkeitskomplexen durchsetzten Kleinbürger Hitler, der sich mal als „Schriftsteller“ und mal als „Kunstmaler“ bezeichnet, der in Wirklichkeit aber ein bildungsferner, stellungs- und ausbildungsloser, gar staatenloser Autodidakt und sexuell verklemmter Bohemien ist, der in Wien im Männerasyl nächtigte, vom Verkauf selbstgemalter Postkarten lebte und sich in München in Schwabinger Kneipen und Bierkellern herumtrieb. Folglich wurde er von seinen nationalkonservativen Partnern nicht für voll genommen. Die Vorstellung, als Gendarmerie-Kommissar, als Professor, als Gesandter oder als Regierungsrat einer geregelten Tätigkeit nachzugehen, für die er keinerlei Qualifikationen und keine Laufbahnvoraussetzung aufzuweisen hatte, muss ihn abgeschreckt haben. Vielleicht war es auch die Scheu im Umgang mit den vielen Generälen, Ministerialbeamten, adeligen Gutsherren, Großindustriellen usw., mit denen er auf seinem Legalitätskurs notgedrungen Umgang pflegen musste und zu denen die obskure Biographie und der obskure familiäre Hintergrund des „böhmischen Gefreiten“ (so Hindenburg)<sup>25</sup> aus dem österreichischen Waldviertel so gar nicht passen wollte. Schon deshalb musste ihm die Harzburger Front oder der Düsseldorfer Industrieclub verhasst sein und musste er sich im Kreis der „alten Kämpfer“ aus dem Milieu der SA-Sturmlokale viel wohler fühlen.

Selbst für die interne Machtfraße zwischen dem sozialistischen und dem nationalen Flügel der NSDAP lieferte Braunschweig noch die Bühne für das Vorspiel auf dem Theater. Die Braunschweiger Koalitionskrise im Anschluss an den Rücktritt Franzens, der Hitler sogar nach dem Rücktritt die Stirn bot, als er, nur noch kommissarisch im Amt, zusammen mit Küchenthal die „Einministerverordnung“ unterzeichnete, die die NSDAP von der Regierung ausschloss, belegt die These. Franzen unterlief mit seiner Unterschrift das taktische Kalkül Hitlers, eine einmal errungene Machtposition um jeden Preis zu halten. Auch die diversen Konflikte innerhalb der Braunschweiger NSDAP - Klagges versus Zörner, Alpers (SS) versus Sauke (SA), Franzen/Groh versus Landtagsfraktion, Schmidt-Bodenstedt versus Alpers/Jeckeln – finden noch ihren Nachvollzug in den diversen Säuberungsaktionen innerhalb der Partei, nachdem die Macht errungen war.

---

<sup>25</sup> Hindenburg hatte offenbar das böhmische mit dem oberösterreichischen Braunau verwechselt.

## Literatur

BEST, WERNER: ....wird erschossen. Die Wahrheit über das Boxheimer Dokument. Mainz: Selbstverlag des Verfassers 1932.

BRACHER, KARL DIETRICH: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld. Villingen: Ring 1964. 4. Aufl.

BRACHER, KARL DIETRICH: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1976. 5. Aufl.

BULLOCK, ALAN: Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf: Droste 1954.

DICKMANN, FRITZ: Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung. Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 14. 1966, 4. S. 454–464.

Droste Geschichts-Kalendarium: Chronik deutscher Zeitgeschichte. Politik – Wirtschaft – Kultur. Bd. 1: Overesch/Saal, Die Weimarer Republik. Bd. 2/I: Overesch/Saal, Das Dritte Reich 1933–1939. Düsseldorf: Droste 1982.

FEST, JOACHIM C. : Hitler. Eine Biographie. Frankfurt: Ullstein 1973.

GERMANN, HOLGER: Die politische Religion des Nationalsozialisten Dietrich Klagges. Ein Beitrag zur Phänomenologie der NS-Ideologie. Frankfurt: Peter Lang 1995. (stützt sich auf Klagges, Dietrich, Im Umgang mit Adolf Hitler, MS ca. 1970.)

GOEBBELS, JOSEPH: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern. (Vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933). München: Franz Eher 1934.

GOEBBELS, JOSEPH: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Frölich. Teil I: Aufzeichnungen 1924–1941. Bd. 1: 27.6.1924–31.12.1930; Bd. 2: 1.1.1931–31.12.1936. München: K.G. Saur 1987.

HEIDEN, KONRAD: Der Fuehrer: Hitler's Rise to Power. London: Victor Gollancz 1944.

HERRMANN, CHRISTEL: Oberbürgermeister der Stadt Dresden. Ernst Zörner und Stellvertreter Edmund Bühner. In: Dresdener Geschichtsbuch 6. 2000. S. 199–218.

HITLER: Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1923 bis Januar 1933. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. 6 Bde. + Ergänzungsband. München: K.G. Saur 1992-2003. Darin: Bd. IV: Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl Oktober 1930 – März 1932, Teil 3: Januar 1932 – März 1932. Hrsg. und kommentiert von Christian Hartmann. 1997; Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung April 1932 – Januar 1933, Teil 1: April 1932 - September 1932. Hrsg. und kommentiert von Klaus A. Lankeit. 1996.

KAISENBERG, GEORG: Wählbar zum Reichspräsidenten ist... Was die Verfassung sagt. In: Vossische Zeitung vom 1.2.1932.



KERSHAW, IAN: Hitler. Bd. 1: 1889–1936. Bd. 2: 1936–1945. München: dtv 2002.

ULLRICH, VOLKER: Adolf Hitler. Biographie. Bd. 1: Die Jahre des Aufstiegs 1889–1939. Frankfurt: S. Fischer 2013.

KLAGGES, DIETRICH: Eine Tugend gegen alle Todsünden. Das organische Weltbild. Hrsg. von Andreas Bergeder. Bassum-Dimhausen: Alma 1974.

KLEIN, MALTE: Dietrich Klagges als völkischer Ideologe und nationalsozialistischer Politiker. MS 2014.

KÜCHENTHAL, WERNER: Etliche Erinnerungen aus der Zeit seiner Tätigkeit von 1925 ab als Braunschweigischer Staatsminister und Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums, als Reichsfinanzbeamter und von 1933 bis 1944 als Präsident der Braunschweigischen Staatsbank in 4 Bänden. MS o.J. (1969, Nachträge 1970, 1971). Bd. I „Die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig durch dessen am 25. Februar 1932 auf Beschluß des Braunschweigischen Staatsministeriums erfolgte Ernennung zum Regierungsrat“ mit Dokumenten. S. 1–206. Bd. II: Die Braunschweigische Staatsbank unter der Herrschaft der nationalsozialistischen Minister, des Ministerpräsidenten Klagges und des Ministers Alpers in den Jahren 1933 bis 1944. S. 1–143. Bd. III: Meine Entnazifizierung. S. 1–301. Bd. IV: Sperre und Beaufsichtigung meines Vermögens und des Vermögens meiner Frau. Schwerste politische Verfolgung des „Betroffenen“ in seinem Heimatorte Heper durch politische Gegner. Verweigerung der Ausstellung eines Jagdscheines an den Betroffenen durch die Kreisdirektion Wolfenbüttel. Vorhanden u.a. Bibliothek Wolfenbüttel unter 21.4\* 64:1

LENT, DIETER: „Ich habe dem Lande großen Nutzen gebracht“: Betrachtungen zu dieser Äußerung Hitlers vom Januar 1945 über seine Arbeit als braunschweigischer Regierungsrat 1932. In: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 91.2010. S. 217–228.

MASER, WERNER: Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit. München: Bechtle 1971; 4. Aufl. 1972.

MASER, WERNER: Adolf Hitler. Das Ende der Führer-Legende. Düsseldorf: Econ 1980.

MENZEL, ULRICH: Professor oder Regierungsrat? Hitlers Einbürgerung in Braunschweig zwischen Provinzposse und Weichenstellung zur „Machtergreifung“. Braunschweig: TU Braunschweig 2013.

MENZEL, ULRICH: Die Steigbügelhalter. Annotierte Chronik zur Einbürgerung Hitlers in Braunschweig. Braunschweig: TU Braunschweig 2014.

MORSEY, RUDOLF: Hitler als Braunschweigischer Regierungsrat. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 8. 1960, 4. S. 419–448.

PAUL, HERMANN: Deutsches Wörterbuch. Bedeutungsgeschichte und Aufbau unseres Wortschatzes. 10. überarb. u. erw. Aufl. von Helmut Henne/Heidrun Kämper/Georg Objartel. Tübingen: Max Niemeyer 2002.

PÖLS, WERNER: Hochschule in der Krise. Die Technische Hochschule Braunschweig 1930–1933. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig 9. 1974, 3–4. S. 21–31.

ROLOFF, ERNST-AUGUST: Bürgertum und Nationalsozialismus 1930–1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen 1961.

ROLOFF, ERNST-AUGUST: „Aufstand des Gewissens“ oder Rebellion der Enttäuschten? Motive des national-konservativen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus am Beispiel des Wolfenbütteler Oberlehrers Werner Schrader. In: Wissenschaftliche Zeitschrift des Braunschweigischen Landesmuseums Nr. 4, 1997. S. 121–152.

RUBEN, GUNNHILD: „Bitte mich als Untermieter bei Ihnen anzumelden!“. Hitler und Braunschweig 1932–1935. Die Brisanz der Braunschweiger Einbürgerung. Hitlers Überraschungsbesuch 1935. Das Lehdorfer Aufbauhaus. Norderstedt: Books on Demand 2004.

SCHELM-SPANGENBERG, URSULA: Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig. Gründung, Entwicklung, soziologische Struktur, politische Arbeit. Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1964.

Die Vorgänge an der Technischen Hochschule in Braunschweig. In: Mitteilungen des Verbandes der deutschen Hochschulen 13.1933,1/2. S. 2–19. (inkl. 10 angehängten Dokumenten)

WOHLFROMM, HANS-JÖRG & GISELA WOHLFROMM: Deckname Wolf. Hitlers letzter Sieg. Berlin: Edition q 2001.